



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin

hauptstadt magazin



März 2014



Besoldungsangleichung

Gesetzentwurf überfällig!

Der dbb beamtenbund und tarifunion berlin hat bei den Vorsitzenden der Fraktionen von SPD und CDU im Berliner Abgeordnetenhaus auf die unverzügliche Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Besoldungsangleichung gedrängt. Beide Fraktionen hatten unabhängig voneinander die Angleichung der Besoldung der Beamtinnen und Beamten in Berlin an die der anderen Bundesländer und des Bundes beschlossen. Der dbb berlin erwartet, dass den Beschlüssen jetzt auch ohne weitere zeitliche Verzögerung Taten folgen.

Weiter auf Seite 2

Umfassende Transparenz angemahnt

dbb berlin fordert: Besoldungsangleichungsgesetz – JETZT

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin hat mittlerweile anerkannt und einstimmig beschlossen, dass die Besoldung der Beamtinnen und Beamten in Berlin endlich an die der anderen Bundesländer und des Bundes anzugleichen ist. Die CDU-Fraktion hat eine Angleichung der Besoldung an das Besoldungsniveau des Durchschnitts der anderen Bundesländer bereits in ihren „Grundlagen für ein Personalkonzept 2020“ gefordert. Für den dbb beamtenbund und tarifunion berlin ist klar, dass nach diesen politischen Bekenntnissen unverzüglich ein Besoldungsangleichungsgesetz folgen muss – und zwar unter Beteiligung des dbb berlin.

Insofern stand das Thema Besoldungsangleichung bei der Sitzung der Landesleitung am 6. Februar erneut ganz oben auf der Agenda. In einem Beschluss wurden dazu drei Kernforderungen von der Landesleitung erhoben:

1. Die Regierungsfractionen SPD und CDU werden aufgefordert, unverzüglich ein Besoldungsangleichungsgesetz zur Beschlussfassung im Abgeordnetenhaus von Berlin vorzulegen.
2. Kurzfristig muss ein gemeinsamer Besprechungstermin mit dem Senator für Inneres und Sport, Frank Henkel, und Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum einberufen werden und
3. bei der Erstellung des Besoldungsangleichungsgesetzes ist umfassende Transparenz der Fraktionen

und des Senats sicherzustellen – und zwar durch Beteiligung des dbb berlin.

„Wir haben insbesondere im letzten Jahr immer wieder die Ignoranz des Senats in Sachen Besoldungsgerechtigkeit kritisiert und ihn wiederholt aufgefordert, die gute Arbeit seiner Beamtinnen und Beamten nicht länger mit Füßen zu treten“, kritisierte der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, der zugleich daran erinnerte, dass die beabsichtigte Besoldungsangleichung schon jetzt mit mehrjähriger Verspätung kommt. Umso wichtiger sei es, jede weitere Verzögerung zu vermeiden und umgehend ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden.

Der dbb berlin hat bereits in Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden von SPD (Raed Saleh) und CDU (Florian Graf) die unverzügliche Vorlage eines Gesetzentwurfs gefordert.

Politische Gespräche fortgesetzt

Bundestagsabgeordneter Jan-Marco Luczak beim dbb berlin

Unmittelbar nach dem Umzug in die neuen Geschäftsräume hat die Landesleitung des dbb berlin ihre politischen Gespräche wieder aufgenommen. Als ersten politischen Gast konnte dbb Landeschef Frank Becker den Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordneten Jan-Marco Luczak (CDU) begrüßen. Mit diesem Besuch wurde an eine altbewährte Tradition angeknüpft, nach der die Landesleitung des dbb berlin sich in regelmäßigen Abständen mit den Berliner MdBs austauscht und gemeinsame Standpunkte und Interessen abklopft. Einladungen zu entsprechenden Gesprächen sind unterdessen an alle Berliner Bundestagsabgeordneten ergangen.

Einer der Schwerpunkte des Gespräches mit Jan-Marco Luczak war die Diskussion um die Tarifeinheit. Frank Becker ließ keinen Zweifel daran, dass ein Gesetz zur Tarifeinheit eindeutig gegen die im Grundgesetz garantierte Koalitionsfreiheit verstoßen würde. Unabhängig davon würde ein wahres bürokratisches Horrorszenerario losgetreten, wenn künftig im Vorfeld von allen Tarifverhandlungen zunächst in jedem Betrieb, in dem mehrere Gewerkschaften Mitglieder organisieren, ermittelt werden müsste, wer die stärkste Gewerkschaft ist. Vermutlich wäre dann noch jeweils notariell festzustellen, mit wem die Verhandlungen letztendlich zu führen wären.



Foto: Matthias Steuckardt

dbb Landeschef Frank Becker (links) und Jan-Marco Luczak MdB (CDU) waren sich einig, dass die Koalitionsfreiheit gewahrt bleiben muss.

Jan-Marco Luczak machte deutlich, dass hier eine Lösung gefunden werden muss, die der grundgesetzlich gesicherten Koalitionsfreiheit Rechnung trägt: „Auch kleinere Gewerkschaften spielen im Tarifgefüge eine wichtige Rolle und dürfen nicht ohne Weiteres durch Mehrheitsgewerkschaften dominiert werden. Ihre verfassungsrechtliche Stellung muss mit wirtschaftlichen Interessen in Ausgleich gebracht werden.“

Weitere Themen des Meinungsaustauschs waren die Besoldungsanpassungen im Land Berlin und die Nichtverbeamtung der Lehrer. Frank Becker unterstrich in diesem Zusammenhang, dass die Verbeam-

tung der Lehrkräfte im Land Berlin nicht nur aufgrund der Tatsache überfällig sei, dass sich gute Lehrerinnen und Lehrer in anderen Bundesländern verbeamteten lassen könnten, sondern auch, weil der verfassungsrechtliche Bildungsauftrag des Staates zu erfüllen sei, wonach der Unterricht jederzeit gewährleistet sein müsse. „Ich stelle mir einfach mal vor, dass alle nichtverbeamteten Lehrkräfte im Land Berlin zum Zeitpunkt des ‚Abiturs‘ für ein paar Wochen in den Ausstand gehen, um ihre Rechte bei Tarifauseinandersetzungen in Anspruch zu nehmen“, verdeutlichte Becker seine Bedenken gegen den Arbeitnehmerstatus bei Lehrern.

Jan-Marco Luczak betonte die grundlegende Bedeutung des öffentlichen Dienstes als Eckpfeiler der Verwaltung. „Wir brauchen einen starken und motivierten öffentlichen Dienst. Das kommt letztlich den Menschen in unserem Land zugute. Deswegen müssen wir guten und qualifizierten Bewerbern eine attraktive Perspektive im Land Berlin bieten.“

Bereits im letzten Jahr hatte sich die Landesleitung des dbb berlin mit dem Bundestagsabgeordneten Fritz Felgentreu (SPD) getroffen.



Die dbb Landesleitung im Gespräch mit Fritz Felgentreu MdB. Ferdinand Horbat, Fritz Felgentreu MdB (SPD), Bodo Pfalzgraf, Frank Becker, Bernd Raue (von links)

Praxisgebühr:

Die unendliche Geschichte

Schon vor vielen, vielen Monaten haben die Verantwortlichen in Bund und allen Ländern konsequenterweise die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der Wegfall der Praxisgebühr bei den Arbeitnehmern/-innen wirkungsgleich auf Beamten/-innen übertragen wird. In allen Ländern? Nein! Da gibt es nämlich ein Land im tiefen Osten der Republik, das sich überhaupt nicht darum scherte, was im übrigen Deutschland ganz selbstverständlich eine klare Sache der Gerechtigkeit war. In Berlin tickten die Uhren ganz anders: Von einem entsprechenden Beschluss war lange Zeit überhaupt keine Rede. Monat um Monat verstrich – jedoch nicht sang- und klanglos, denn der dbb beamtenbund und tarifunion berlin hatte wenig Sinn für den übergründlichen Entscheidungsprozess und erinnerte die säumigen Politikerinnen und Politiker aller Abgeordnetenhausfraktionen immer wieder und fast gebetsmühlenartig an ihr Versäumnis. Selbst Senatsmitglieder konnten sich nicht in Sicherheit vor den ständigen Attacken des dbb berlin wiegen, im Gegenteil, sie mussten sich sogar den Vorwurf mangelnder Fürsorge gefallen lassen.

Kein Wunder also, wenn die genervten Politiker vor einigen Wochen die Nase von den dbb Beschwerden endlich gestrichen voll hatten und im Senat kurzerhand die rückwirkende Abschaffung der Praxisgebühr beschlossen haben, ja mehr noch, durch das Landesverwaltungsamt ließen sie eine Vorgriffsregelung verkünden, auf dass endlich wieder Friede in der Berliner Verwaltung herrsche. Und tatsächlich, seit 1. Januar 2014 wird die Praxisgebühr nicht mehr einbehalten.

ABER ... ist jetzt vielleicht Ruhe? Was ist denn nun mit der Rückerstattung der im Jahre 2013 einbehaltenen Praxisgebühr? Nix bisher. Die Entscheidung über die Rückerstattung wird seit einigen Wochen vom Senat verschleppt. Was ist hier nur los? Die grundsätzliche Entscheidung ist getroffen, aber soll die praktische Umsetzung etwa wieder Monate dauern? Leute, Leute ... ein Himmelreich für eine plausible Erklärung Eures Vorgehens!

*Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin*

dbb Länderchefs zu Gast beim dbb berlin



Die Vorsitzenden der dbb Landesbünde bei ihrem Besuch in den neuen Räumen des dbb berlin.

Ersten hochkarätigen dbb Besuch konnte der dbb berlin am 10. Februar 2014 in seiner neuen Geschäftsstelle in Alt-Moabit 96a begrüßen. Am Rande einer Sitzung des dbb Bundesvorstands gaben sich die dbb Vorsitzenden der Bundesländer die Ehre und statteten dem dbb berlin in seinem neuen Domizil einen Besuch ab. Der Vorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, informierte seine Gäste im Rahmen einer kurzen Führung durch die Räumlichkeiten über die gegenwärtigen Schwerpunkte der Arbeit des dbb berlin und hob in diesem Zusammenhang die Veran-

staltungsmöglichkeiten hervor, die die Landesleitung des dbb berlin an ihrem neuen Standort sieht.

Die offizielle Eröffnung der Landesgeschäftsstelle des dbb berlin wird im Rahmen der Landeshauptvorstandssitzung des dbb berlin am 15. April stattfinden. Frank Becker freut sich ganz besonders, dass der Bundesvorsitzende des dbb, Klaus Dauderstädt, und die Bundesgeschäftsführerin des dbb, Marion Gipkens, ihre Teilnahme an dieser Eröffnungssitzung bereits zugesagt haben.

Landesvorstand tagte

Am 18. Februar 2014 trat der Landesvorstand des dbb beamtenbund und tarifunion (dbb berlin) erstmalig in den neuen Räumen des dbb berlin in Alt-Moabit zusammen und konnte sich selbst von der Funktionalität und angenehmen Atmosphäre der dort neu geschaffenen Sitzungs-/Veranstaltungsmöglichkeiten überzeugen. Beeindruckt zeigte sich der Landesvorstand auch von der reibungslosen Abwicklung des Umzugs der Geschäftsstelle von der Mommsenstraße nach Alt-Moabit, die in kürzester Zeit wieder voll einsatzfähig gewesen ist.

Neben gewerkschaftspolitischen Themen wie die Besoldungsanpassung, zu der der dbb berlin bereits die unverzügliche Vorlage eines Gesetzesentwurfs gefordert hat, die Einkommensforderung auf Bundes- und Kommunalebene und die Abschaffung der Praxisgebühr für die Beamtinnen und Beamten in Berlin wurden auch interne gewerkschaftliche Angelegenheiten behandelt.

Darüber hinaus informierten die Vertreter der Fachgewerkschaften über ihre Aktivitäten vor Ort.



Der Landesvorstand des dbb berlin am 18. Februar bei seiner ersten Sitzung im „eigenen“ Sitzungssaal in Alt-Moabit 96a.

dbb berlin wünscht erfolgreiche Beratungen

3. Berufskongress für Soziale Arbeit in Berlin

Unter dem Motto „Wir stehen für die Ethik in der Sozialen Arbeit“ findet vom 20. bis 22. März 2014 der 3. Berufskongress für Soziale Arbeit statt, der von der Alice Salomon Hochschule Berlin (ASH) und dem Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (DBSH) in Berlin durchgeführt wird. In einem Grußwort hat der Vorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion berlin, Frank Becker, den Veranstaltern im Vorfeld des Kongresses erfolgreiche Beratungen und positive Ergebnisse gewünscht.

Wörtlich heißt es in dem Grußwort des dbb berlin:

„Das Thema lautet: ‚Wir stehen für die Ethik in der Sozialen Arbeit.‘ Dieses Motto ist gut gewählt. Sie wollen im Rahmen dieses Berufskongresses u. a. herausarbeiten, welchen Beitrag die Menschenrechtsarbeit und -bildung in pluralistischen und globalen Gesellschaften mit unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, Traditionen und kulturellen Hintergründen leisten kann. Auch die wichtige Frage bzw. These: ‚Welche Bedeutung kommt schließlich in dieser Auseinandersetzung einer Berufsethik im Hinblick auf die entscheidende und entschiedene Identität und

die Haltung der Profession in diesem gesellschaftlichen Prozess zu!?’ wird ge- bzw. aufgestellt. Man darf auf die Diskussionen, die dieser Berufskongress führen wird, sehr gespannt sein.

In diesem Sinne wünsche ich im Namen des dbb beamtenbund und tarifunion berlin – aber auch ganz persönlich – dem 3. Berufskongress des DBSH spannende Diskussionen und Antworten, die die Kolleginnen und Kollegen in der Sozialen Arbeit unterstützen.“

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin



Cornelia Stemmler, Vorsitzende der gkl berlin

Erfolgsgeschichte einer Gewerkschaft

Zehn Jahre gkl

Am 23. Februar dieses Jahres ist es genau zehn Jahre her, dass sich acht Beschäftigte der Berliner Verwaltung in der Charlottenburger Leibniz-Klausen getroffen und die Gewerkschaft kommunaler Landesdienst Berlin (gkl Berlin) als nicht eingetragenen Verein aus der Taufe gehoben haben.

Zu den Gründungsmitgliedern, die unterschiedlicher nicht sein konnten – sie sollten möglichst viele Bereiche der Berliner Verwaltung abdecken – zählte neben dem heutigen Vorsitzenden des dbb Berlin, Frank Becker, der das „historische Treffen“ anberaumt hatte, auch Cornelia Stemmler, die der Landesleitung der gkl Berlin von Anfang an angehört und seit Ende Mai 2013 Vorsitzende der Gewerkschaft ist. Im folgenden Beitrag lässt Stemmler die zehnjährige Erfolgsgeschichte der gkl Berlin noch einmal Revue passieren.

„Ich erinnere mich noch daran, als wäre es gestern gewesen – ich bin mit keiner genauen Vorstellung von dem, was passieren würde, in die Leibniz-Klausen gekommen. Umso vielversprechender war der Start, denn bereits am Ende des Abends hatten wir eine Satzung, eine Beitragstabelle und eine Führungsmannschaft. Vor allem aber waren wir euphorisch bis in die letzte Haarspitze. Bereits am nächsten Morgen – nach einer kurzen Nacht – verbreiteten wir unter Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunden die frohe Kunde über die ‚Geburt‘ der gkl Berlin und konnten schon mit unserer begeisterten Mundpropaganda sehr schnell die ersten Mitstreiterinnen und Mitstreiter gewinnen. Keiner von uns wagte damals allerdings zu hoffen, dass die gkl Berlin schon zehn Jahre später Tausende von Mitgliedern zählen würde, denn die Anfänge waren bescheiden. Dank gebührt an dieser Stelle der komba Gewerkschaft, die ihrer jüngsten Landesgliederung gkl Berlin in den ersten Monaten ihres Bestehens unbürokratische und wertvolle Starthilfe gewährte. Wir durften insbesondere in der komba Bundesgeschäftsstelle in der Friedrichstraße einen behelfsmäßigen Arbeitsplatz mit PC, Fax und Drucker nutzen, und zwar im Büro des damaligen, außerordentlich hilfsbereiten Bundesvorsitzenden Heinz Ossenkamp. Mit wachsenden Mitgliederzahlen und Aufgaben reichte das ‚Behelfsbüro‘ aber relativ schnell nicht mehr aus und eine eigene Geschäftsstelle musste her, die wir als Untermieter beim dbb Berlin in der Mommsenstraße fanden.“

Erste Nagelprobe: Personalratswahlen

Gewerkschaftspolitisch gab es für die junge gkl Berlin keine Schonzeit. Schon im Gründungsjahr 2004 kam es von Oktober bis Dezember mit den Personalrats-

wahlen in der Berliner Verwaltung zu einer ersten schwierigen Nagelprobe: Wir waren neu, mussten uns und unsere Ziele erst einmal vorstellen und konnten insbesondere noch keine ‚Taten‘ vorweisen. Trotzdem ist es auf Anhieb gelungen, in allen Dienststellen, in denen wir mit Listen angetreten sind, zu punkten und Sitze zu gewinnen.

Dieser Erfolg sollte der Auftakt einer Entwicklung sein, die für die gkl Berlin von kontinuierlich wachsender Zustimmung bei den Beschäftigten und zunehmender Anerkennung und Beteiligung im politischen Raum geprägt war. Heute ist die Gewerkschaft kommunaler Landesdienst Berlin aus vielen Dienststellen der Berliner Verwaltung gar nicht mehr wegzudenken. Als besondere herausragende organisatorische Erfolge seien in diesem Zusammenhang nur die Gründung der Betriebsgruppen bei der Charité und ihrer Tochtergesellschaft CFM genannt. Auch die Gründung und der Aufbau der Betriebsgruppe bei der BVG und der BT Berlin Transport GmbH sowie die Gründung der Betriebsgruppe bei der Berliner Stadtreinigung (BSR) haben das gewerkschaftspolitische Gewicht der gkl Berlin enorm gesteigert.

Anerkannter Partner der Berliner Politik

Längst darf sich die gkl Berlin auch über die gebührende Aufmerksamkeit im politischen Raum freuen. Regelmäßig ist sie etwa mit einem Info-Stand bei den Landesparteitagen von CDU und SPD vertreten und trägt auf diese Weise ebenso wie in vielen Gesprächen und Diskussionen wichtige gewerkschaftspolitische Fragen direkt in den parlamentarischen und politischen Raum in Berlin.

Der Erfolg hat bekanntlich viele Mütter und Väter. Die zehnjährige Erfolgsgeschichte der gkl Berlin ist aber in besonderem Maße mit einem Mann verknüpft, der die Geschicke der 2004 neu gegründeten Gewerkschaft mit viel persönlichem Engagement, mit Weitsicht und politischem Gespür bis 2013 als Vorsitzender gelenkt und auf ein solides Fundament gestellt hat. Gemeint ist mein Vorgänger Frank Becker, auf dessen nachhaltiger Arbeit die heutige Landesleitung getrost aufbauen kann. Nach wie vor verbindet uns unser Motto ‚Nähe ist unsere Stärke‘ in unserem eh-

renamtlichen Engagement. Zur Seite steht uns ein hauptamtlicher Geschäftsführer, der als erster Ansprechpartner die Sorgen und Nöte der Mitglieder aufnimmt und an die zuständigen Mitglieder der Landesleitung weiterleitet.

Neue Geschäftsstelle seit Januar

Im Januar 2014 sind wir gemeinsam mit dem dbb berlin in moderne Büroräume nach Alt-Moabit 96a umgezogen. Die besseren Arbeitsmöglichkeiten dort werden uns sicherlich zu noch größerer Nähe zu unseren Mitgliedern verhelfen und uns künftige Herausforderungen, zum Beispiel den demografischen Wandel,

noch besser meistern lassen. Ich hoffe jedenfalls, trotz meinen fast 46 Jahren (derzeit ja noch unterhalb des Altersdurchschnitts in der Berliner Verwaltung), ausreichend Nachwuchs für die Solidargemeinschaft unserer Gewerkschaft begeistern zu können, damit wir gemeinsam die Zukunft des öffentlichen Dienstes gestalten können.

Danken möchte ich abschließend all denen, die uns in den letzten zehn Jahren auf unserem Weg unterstützt haben und ich würde mich freuen, auch weiter auf diese wertvolle Hilfe bauen zu können.“

Cornelia Stemmler

gkl berlin in Aktion

Aktivität und Einsatzfreude war Markenzeichen der gkl berlin von ihren Anfängen im Jahre 2004 bis heute. Wann immer in Berlin persönlicher Einsatz gefordert war, die „gkler“ waren zur Stelle – und das wird sich auch nicht ändern. Die Bilder sind nur ein kleiner Ausschnitt aus dem vielfältigen Gewerkschaftsleben.



Spannende Beratungen beim Gewerkschaftstag der gkl berlin im Mai 2006.



„gkler“ bei der Personalrätekonferenz des dbb berlin im Oktober 2008.



Die gkl berlin bei einer gemeinsamen Demo mit den Berliner Landesfachgewerkschaften BSBD, DSTG, DPoIG und VBE im Juni 2010.

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitglieder der gkl berlin,**

zum zehnjährigen Bestehen der gkl berlin gratuliere ich ganz herzlich und übermittle die herzlichsten Glückwünsche vom komba Bundesvorstand und dem komba Ehrenvorsitzenden Heinz Ossenkamp!

Die Landesorganisation der komba in Berlin war immer von großer Bedeutung und Impulsgeber für die komba Bundesorganisation. Ob nun 1895 die Gründung des „Zentralverbandes der Gemeindebeamten Preußens“ Impuls für die Gründung weiterer Landesorganisationen im Bundesgebiet war oder der Neubegründung des KOMBA Preußen 1945 als eine der ersten Landesorganisationen – die komba Landesorganisation Berlin war immer ein Erfolgsmodell.

Eine ganz besondere Rolle hatte die komba Landesorganisation in Berlin während der Teilung von Ost- und Westdeutschland inne. Sie stellte die komba Bundesorganisation vor unvorhergesehene Aufgaben und Probleme, die im Rest des Bundesgebietes unbekannt waren und war Statthalter für die komba gewerkschaft und Keimzelle für die kommunale gewerkschaftliche Organisation im wiedervereinigten Berlin.

Seit der Wiedervereinigung und spätestens seitdem Berlin Bundeshauptstadt ist, kommt der komba Landesorganisation in Berlin eine noch größere Bedeutung bei der Zusammenarbeit mit der komba Bundesorganisation zu. Das dies

so gut gelingt, ist hauptsächlich den handelnden Personen geschuldet. Allen Kolleginnen und Kollegen, die insbesondere in den letzten zehn Jahren ehrenamtlich und mit großem Engagement zu diesem Erfolg beigetragen haben, ein herzliches Dankeschön!



Die komba Landesorganisation in Berlin war zudem Vorreiter für das Miteinander von Beamten und Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst sowie für die Belange des Nahverkehrs.

Dem Zusammenfallen der Landesaufgaben mit den kommunalen Aufgaben des Stadtstaates Berlin wurde bei der Namensgebung der „gkl berlin – gewerkschaft kommunaler landesdienst“ besondere Rechnung getragen.

Wir freuen uns, heute, zum zehnjährigen Jubiläum der gkl berlin am 23. Februar 2014, sagen zu können, dass die komba Landesorganisation immer ein großer Erfolg war.

Vielen Dank dafür und nochmals die herzlichsten Glückwünsche!

Mit kollegialen Grüßen
(Uli Silberbach)
Bundesvorsitzender



Wahlen zur Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung 2014:

Unsere Kandidaten stellen sich vor

Vom 10. März bis 19. Mai 2014 finden in Berlin die Wahlen zur Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung statt. Unter dem Motto: „dbb jugend – für eine bessere Zukunft“ stehen acht starke Kandidatinnen und Kandidaten auf der dbb Liste, die sich im Folgenden kurz vorstellen:



Victoria Chmiell

22 Jahre

Seit 2011 in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport beschäftigt

„Trotzen wir dem Demografischen Wandel und sichern die Übernahme! Berlin braucht euch!“



Richard Wolf

Steuerinspektor Senatsverwaltung für Finanzen/Finanzamt Friedrichshain-Kreuzberg

„Für (d)eine gerechte Behandlung von Anfang an!“



Christoph Rieß

22 Jahre

Kammergericht Berlin, derzeit Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

„Es geht um euch und eure Zukunft. Dafür setze ich mich ein.“



Madeleine Hundt

18 Jahre

Polizeiameisteranwärterin

„Ich kandidiere für die HJAV, weil ich mich für eine Verbesserung der Ausbildungsbedingungen im Polizeibereich einsetzen möchte!“

dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



Frank Schwoche
ab März 24 Jahre
Steueranwärter aus dem Finanzamt
für Körperschaften I

„Ich war bei meiner ersten Ausbildung bereits in der JAV tätig (Bezirksamt Spandau) und habe großen Spaß an der Arbeit mit jungen Auszubildenden. Ich gebe meine Erfahrungen gerne weiter an die ‚nächste‘ Generation.“

dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



Juliane Krömke
24 Jahre
Justizfachangestellte

„Ich werde die Interessen der jungen Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen vertreten und mich für die Fortentwicklung eines zeitgerechten Berufsbeamtentums einsetzen.“

dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



Susann Ratsch
24 Jahre
VfA, Senatsverwaltung für Inneres und Sport

„Gemeinsam für das Land Berlin – Die öffentliche Verwaltung als Ausbilder wieder attraktiver werden lassen.“

dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



Tugay Keskin
21 Jahre
Steueranwärter, Finanzamt
Friedrichshain-Kreuzberg

„We can change it“.

JAV:

Sprachrohr der Azubis, Anwärter und jungen Beamten

„Die Jugend- und Auszubildendenvertretung ist das Sprachrohr der Auszubildenden, Anwärter und jungen Beschäftigten in einer Behörde. Egal, ob es um die Ausbildung, Übernahme oder die Ausgestaltung des Arbeitsplatzes geht, die JAV ist die helfende Hand. Ich war selber als junge Beschäftigte in der BJAV und HJAV aktiv, ich habe da einen tollen Einblick bekommen und konnte explizit bei Jugendthemen mitentscheiden. Weil die Stimmen und Bedürfnisse der jungen Beschäftigten und des Nachwuchses sonst untergehen, ist es wichtig, sich aktiv einzubringen und wählen zu gehen. Du hast die Wahl!“

Sandra Kothe



Foto: Marco Urban

Die Bundesvorsitzende der dbb jugend, Sandra Kothe, ruft zur Wahl auf.

Senatsbildungsverwaltung kaschiert Lehrermangel?!

Die Angebote der Senatsbildungsverwaltung (Altersermäßigung) für die Festschreibung der Arbeitszeitverlängerung sind nach Feststellung der Lehrgewerkschaften im dbb berlin Lippenbekenntnisse, die in der Sache der Qualität der Berliner Schule nur schaden. Die Altersermäßigung entspricht nur zu einem geringen Teil der Mehrarbeit der Berliner Lehrerinnen und Lehrer.



Die jungen und neu eingestellten Berliner Lehrerinnen und Lehrer bleiben ohne Ausgleich für die Arbeitszeitverlängerung. Nach mehreren Jahrzehnten Dienst erhalten sie frühestens im Alter von 58 Jahren eine Entlastung von einer Unterrichtsstunde, haben aber die Jahre zuvor bis zu vier Unterrichtsstunden mehr gearbeitet.

Die Lehrgewerkschaften im dbb berlin fordern konsequent die Rücknahme der seit 2003 bestehenden Arbeitszeitverlängerung bei den Berliner Lehrerinnen und Lehrern. Die derzeitigen Belastungen der Berliner Lehrerinnen und Lehrer sind unzumutbar und gehen auch zulasten der Schülerinnen und Schüler.

Seit Jahren warnen die Lehrerverbände im dbb berlin wiederholt vor dem Lehrkräftemangel. Noch in der Pressemitteilung vom 6. Dezember 2013 suggeriert die Senatsbildungsverwaltung eine fast 100-prozentige Ausstattung der Schulen.

Sie verschweigt dabei,

- > dass viele Schulen deutlich unter 100 Prozent und einige sogar unter 90 Prozent ausgestattet sind,
- > dass viele Unterrichtsstunden nicht durch voll ausgebildete Lehrkräfte erteilt werden. So sind in

der Statistik die unterrichtenden Referendare und die Angestellten ohne oder mit teilweiser Ausbildung entfallen,

- > dass in einer Reihe von Unterrichtsfächern wie zum Beispiel Physik kaum noch Lehrkräfte zu gewinnen sind und zum Beispiel ganze Oberschulen keine Physiklehrkraft haben,
- > dass es zum Teil fast nur Mangelfächer gibt.

Seit Jahren kritisieren die Lehrgewerkschaften des dbb berlin die mangelhaften berufspolitischen Perspektiven, die zu einer Abwanderung von ausgebildeten Referendaren und jungen Lehrkräften geführt haben.

Die neue Ausschreibung für Lehrkräfte in Berlin ist ein Offenbarungseid. Danach plant die Senatsbildungsverwaltung auch in größerem Umfang Nichtausgebildete als Lehrkräfte einzustellen.

Im Sinne der Steigerung der Attraktivität der Arbeitsplätze und der Wettbewerbsfähigkeit fordern die Lehrgewerkschaften des dbb berlin die sofortige Wiedereinführung der Verbeamtung und eine angemessene Besoldung der Beamten des Landes Berlin.



Legionellenbefall bei der Polizei

DPoIG Berlin: Informationsdefizit gefährdet Einsatzfähigkeit

Aus den unterschiedlichsten Dienstbereichen (zum Beispiel Direktion 1 und Direktion 4) der Polizei werden jetzt zeitversetzte Erkenntnisse über Legionellenbefall bekannt, die Unsicherheit bei allen Beschäftigten auslösen. So dauern die Informationen der betroffenen Dienststellen bis zu vier Wochen. Teilweise wird gar nicht oder nur unvollständig informiert. Vorsorglich werden Duschräume aus fürsorglichen Gründen über einen längeren Zeitraum gesperrt, weil die Nachbeprobung und Untersuchung mindestens zwei Wochen dauert. In diesem Zeitraum ist die Einsatzfähigkeit eingeschränkt. Im Hinblick auf die notwendige Körperhygiene nach schweren Einsätzen oder Sport sind derartige Zustände völlig inakzeptabel. Anzulasten sind sie hauptsächlich der Politik, die Anlagen jahrzehntelang auf Verschleiß gefahren hat und nun vor einem Problemberg steht.

Bodo Pfalzgraf, Landesvorsitzender der DPoIG Berlin: „Der Umgang mit dem Problem macht mich sprach-

los. Mir ist erstmal völlig egal, wer Schuld hat oder wer wann was wusste. Jetzt sind vertrauensbildende Maßnahmen und sofortiges Handeln wichtig!“

Die Forderungen der DPoIG Berlin:

Zeitnahe Transparenz auf allen Ebenen muss her! Es muss strukturierte Informationswege geben, die in den Dienststellen für Handlungssicherheit sorgen.

Wir regen eine eigene Homepage im Intranet an, auf der sich alle Kollegen informieren können!

- Es muss sofort einen runden Tisch zwischen BIM, Behörde und Gesundheitsämtern unter
- Beteiligung von Arbeitsschutzexperten und Gewerkschaften geben!
- Es muss ein sofortiges Investitionsprogramm für sauberes Wasser in Dienstgebäuden geben!

Deutsche Polizeigewerkschaft feierte Hauptstadtball

Zum ersten gemeinsamen Hauptstadtball der Deutschen Polizeigewerkschaft hatten der Landesverband Berlin und die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft am Samstag, dem 15. Februar 2014, nach Berlin eingeladen. Ab 19 Uhr wurden zu dem Motto „Berlin tanzt“ nahezu 500 Gäste aus Polizei, Politik, Gewerkschaften, Verbänden und Wirtschaft in der großen Event-Hall des Hotel Moa Berlin begrüßt, um gemeinsam mit der Berliner Bevölkerung zu feiern.



Foto: Horst Pawlik

Gäste des Hauptstadtballs: dbb Landesbundvorsitzender Frank Becker, Innensenator Frank Henkel und der Chef der DPoIG Berlin und stellvertretender dbb Landesvorsitzender Bodo Pfalzgraf (von links)

Gekommen waren der Senator für Inneres und Sport des Landes Berlin, Frank Henkel, genauso wie der Präsident der Bundespolizeidirektion Berlin, Thomas Striethörster, sowie weitere hohe Polizei-Führungskräfte, Abgeordnete von im Bund und in Berlin vertretenen Parteien, Kolleginnen und Kollegen aus der dbb Familie, allen voran die stellvertretende Bundesvorsitzende Astrid Hollmann und der Landesbundvorsitzende Frank Becker und Vertreter von Ministerien.

Ganz gezielt hatten die Gastgeber den Hauptstadtball der Deutschen Polizeigewerkschaft in unmittelbarer zeitlicher Nähe zum 17. Europäischen Polizeikongress (EPK), der vom 18. bis 19. Februar im Berlin Congress Center stattfand, platziert. Für den Veranstalter des EPK und Herausgeber sowie Chefredakteur des „Behörden Spiegel“, Uwe Proll, war der Zeitpunkt ein guter Anlass, gemeinsam mit europäischen Sicherheitsexperten an dem Polizeiball teilzuneh-

men. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand jedoch der direkte Kontakt mit den Berlinern.

„Wir legen großen Wert darauf, dieses Fest gemeinsam mit der Bevölkerung zu feiern, um ein deutliches Zeichen der gemeinsamen Ziele von Polizei und Bürgern für ein sicheres Leben insbesondere in unseren Großstädten zu setzen.“ Erst vor wenigen Wochen

hatten der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt und der DPoIG-Landesvorsitzende Hamburg, Joachim Lenders, nach einer Attacke von gewalttätigen Personen auf die Hamburger Davidwache die bundesweite DPoIG-Kampagne „Keine Gewalt gegen die Polizei“ vorgestellt.

„Wir suchen hier auch Verbündete für die Polizei in der Bevölkerung“, appellierten die Veranstalter. Bei guter Laune, angenehmen Gesprächen, einem vielseitigen Büfett und verschiedenen Showeinlagen war der Hauptstadtball der DPoIG ein Vergnügen für alle. Tanzsport auf Weltklasseniveau wurde durch die A-Formation der Tanzgruppe OTK Schwarz-Weiss präsentiert und für den Höhepunkt des Abends sorgte Bernd Müller mit einer Parodieshow der Spitzenklasse. Die Show-Band „Creme Fresh“ sorgte für den musikalischen Rahmen der Veranstaltung. Durch den Abend moderierte Agnes Fischer von TV Berlin.

Für das Jahr 2015 will die DPoIG den Hauptstadtball weiter wachsen lassen und freut sich über neue Gäste aus den Fachgewerkschaften des dbb.

BSBD begrüßt die Entscheidung des Senators

Übernahme endlich geregelt!

Für ehemalige Auszubildende im Justizvollzug aus den Lehrgängen der letzten Jahre, die wegen angeblich fehlender Stellen nicht verbeamtet werden konnten, ist zum Jahreswechsel eine positive Wendung eingetreten: Alle Betroffenen konnten jetzt in ihren Dienststellen ihre Urkunden entgegennehmen. Bei den Kolleginnen und Kollegen des Verwaltungslehrgangs wird das zum Monatsende der Fall sein. Eine unnötige Odyssee ist damit endlich zu Ende gegangen.

Positiv ist anzumerken, dass der Justizsenator, der nach seinem Amtsantritt eine Lösung für die Weiterbeschäftigung und letztendlich auch für die Verbeamtung zugesagt hatte, sein Wort gehalten hat.

Der BSBD hatte sich von Anfang an für eine kontinuierliche Zahl von Anwärterinnen und Anwärtern pro Jahr ausgesprochen und die komplette Übernahme nach der Ausbildung eingefordert. Für diese Forderung gab es auch in der Politik Verständnis und Unterstützung. So hatte bereits im Jahr 2011 die CDU-Fraktion eine personelle Mehrausstattung in den Vollzugsanstalten und die entsprechende Übernahme gefordert. Der BSBD hatte sich in den letzten zwei Jahren in unzähligen Schreiben, Presseveröffentlichungen und Gesprächen im Abgeordnetenhaus mit den verschiedenen Fraktionen unentwegt für die Verbeamtung und die Übernahme eingesetzt.

Für den BSBD Berlin waren diese politischen Spielchen auf dem Rücken der Auszubildenden nicht nachvollziehbar und sie haben sich inzwischen auch gerechert. So haben inzwischen mehr als 30 ehemalige Auszubildende Berlin in Richtung andere Bundesländer oder Behörden verlassen. Nach Aussagen der Betroffenen spielte nicht nur die schlechte Besoldung, sondern auch die Umgangsform dabei eine wichtige Rolle!

Personalabbau geht weiter

Leider ist von der völlig falschen Entscheidung des Senats, das Personal im öffentlichen Dienst in Berlin auf 100.000 sogenannte Vollzeitäquivalente zu reduzieren, auch der Justizvollzug betroffen. Nach der



großen Welle von Ausbildungslehrgängen wurden seit dem Jahr 2012 keine neuen Anwärter/-innen ausgebildet. „Diese „Ausbildungslücke“ wird sich rächen“, befürchtet der Landesvorsitzende des BSBD Berlin, Thomas Goiny.

„In allen Anstalten sind schon jetzt jeden Tag Dutzende von Dienstposten nicht besetzt. Und das liegt nicht nur an dem hohen Krankenstand. Die ständige Unterzahl gefährdet mittlerweile die Sicherheit in den Anstalten“, kritisierte Goiny die Entscheidung der Senatsverwaltung, an den Stelleneinsparungen bis 2016 festzuhalten. Die Ausbildungslehrgänge der letzten Jahre sind völlig im Alltagsgeschäft aufgegangen. Personalreserven sind nicht mehr vorhanden.

Dass nunmehr alle verbliebenen Kolleginnen und Kollegen übernommen und auch verbeamtet wurden, ist auch auf den dringenden Bedarf an Personal zurückzuführen.

Der BSBD Berlin fordert, die Zahl der Ausbildungslehrgänge zu erhöhen, um die massiven Personalabgänge der nächsten Jahre abzufedern. Das Parlament hat mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2014/2015 entsprechende – auch finanzielle – Möglichkeiten geschaffen.

Die Bezahlung ins Lot bringen

Entgeltordnung Lehrkräfte:

dbb und TdL sprechen Fahrplan ab!

Am 16. Januar 2014 haben sich Vertreter des dbb und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zu einem Arbeitsgespräch getroffen. Einig waren sich beide Seiten, dass das Gerüst für eine Entgeltordnung für die Lehrkräfte bis zum Ende dieses Jahres stehen muss. Nur dann kann eine Entgeltordnung Lehrkräfte in die Entgeltrunde mit der TdL im Jahre 2015 eingebracht werden. Aus Sicht des dbb ist es hierfür zielführend, dies in konkreten Tarifverhandlungen und nicht in unverbindlichen Gesprächen zu tun.

Am Anfang der gemeinsamen Bemühungen muss eine Bestandsaufnahme des Ist-Zustands stehen. Dieser Arbeit werden sich beide Seiten widmen. Wenn auf Arbeitsebene die Problempunkte identifiziert sein werden, wird eine Lenkungsgruppe der Tarifpartner das weitere Vorgehen festlegen. Willi Russ, Fachvorstand Tarifpolitik und Zweiter Vorsitzender

des dbb, bedauert es, dass sich die GEW nicht auf gemeinsame Verhandlungen einlässt. Der dbb beamtensbund und tarifunion strebt einen Abschluss mit der TdL an und dies notfalls auch ohne die GEW.

Man werde attraktive Angebote der TdL nicht aus Rücksicht auf die GEW zurückweisen.

Schwerbehindertenrecht

dbb informiert über aktuelle Rechtsprechung

Mit einer Neuauflage der Broschüre „Rechtsprechung zum Schwerbehindertenrecht“ sowie einer Spezialausgabe der ZfPR online unterstützt der dbb erneut die in seinen Mitgliedsgewerkschaften organisierten Schwerbehindertenvertreter.

Auch für Personalrats- und Betriebsratsmitglieder bieten die Veröffentlichungen eine Hilfestellung bei der Erfassung des komplexen Schwerbehindertenrechts und der Lösung von praktischen Aufgaben im Alltag. Denn auch sie hat der Gesetzgeber mit der Wahrnehmung der Belange der schwerbehinderten Beschäftigten beauftragt.

Die Leitsätze der wichtigsten Entscheidungen zum Recht der schwerbehinderten Menschen aus den Jahren 2012 und 2013 in der „Rechtsprechung zum Schwerbehindertenrecht“ betreffen zu einem Teil das materielle Schwerbehindertenrecht, zu einem anderen Teil die für Bildung und Arbeit der Schwerbehindertenvertretungen maßgeblichen Vorschriften. Fast 40 Entscheidungen der Arbeits-, Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit sollen die genannten Interessenvertretungen darin unterstützen, den Überblick über inhaltliche Schwerpunkte

und Tendenzen im Recht der schwerbehinderten Menschen und ihrer Vertretungen in Dienststellen und Betrieben zu behalten.

Die traditionell als Spezialausgabe zum Recht der schwerbehinderten Menschen und ihrer Vertretungen konzipierte Dezember-Ausgabe der ZfPR online enthält neben einschlägiger, zum Teil mit Anmerkungen versehener Rechtsprechung auch wichtige Aufsätze. Mit den Informationsrechten der Schwerbehindertenvertretung hat sich Landesverwaltungsdirektor Christoph Beyer, Integrationsamt des Landschaftsverbandes Rheinland, auseinandergesetzt.

Ministerialrat Dr. Michael Kossens hat sich auch in diesem Jahr wieder der Sichtung und Ordnung des materiellen Schwerbehindertenrechts, wie es sich in der Rechtsprechung des vorangegangenen Jahres widerspiegelt, gewidmet.

dbb berlin: Arbeitskreis „Innere Sicherheit“ hat sich konstituiert



Synnöve Nüchter (gkl berlin), Frank Becker (Landesvorsitzender dbb berlin), Sibylle Jäntsch (DSTG Berlin), Anja Nitschke (DPoIG Bundespolizei und Arbeitskreisvorsitzende), Bodo Pfalzgraf (Vorsitzender DPoIG Berlin und stellvertretender Landesvorsitzender dbb berlin) sowie Ruth Heinrich (Landesvorsitzende Bund Deutscher Rechtspfleger – Landesverband Berlin) (von links)

Unter der Leitung des Landesvorsitzenden des dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin), Frank Becker, hat sich der Arbeitskreis Innere Sicherheit beim dbb berlin konstituiert und seine Arbeit aufgenommen. Zur Vorsitzenden wählten die Mitglieder des Arbeitskreises Anja Nitschke, die der DPoIG Bundespolizei angehört und dort das Amt der stellvertretenden Bundesvorsitzenden wahrnimmt. Seit 2012 setzt sie sich außerdem im Hauptpersonal-

rat für die Belange aller Beschäftigten der Bundespolizei ein. Zur stellvertretenden Vorsitzenden des Arbeitskreises wurde Sibylle Jäntsch von der Deutschen Steuer-Gewerkschaft – Landesverband Berlin (DSTG Berlin) gewählt. Schon im Verlauf der konstituierenden Sitzung wurde ein erster Fahrplan für die Arbeit des Arbeitskreises skizziert. Die konkrete Arbeitsplanung ist in der ersten ordentlichen Sitzung im Februar 2014 beraten worden.

Beihilfevollmacht zwingend erforderlich

Nach den Beihilfevorschriften darf grundsätzlich nur der Beihilfeberechtigte selbst Anträge stellen.

Der Beihilfeanspruch kann jedoch, obwohl höchstpersönlich, im Rahmen der Vertretung/Bevollmächtigung durch andere Personen wahrgenommen werden. Soweit Beihilfeberechtigte vorsorglich eine Vollmacht erteilen wollen, ist sie aus Gründen der Rechtssicherheit grundsätzlich der bevollmächtigten Person auszuhändigen, die diese erst bei der dann ersten Antragstellung als bevollmächtigte Person mit dem Beihilfeantrag der Beihilfestelle vorlegt.

Eine Hinterlegung der Vollmacht bei der Beihilfestelle muss auf begründete Einzelfälle beschränkt bleiben (zum Beispiel Krankenhausaufenthalt, Pflege).

Weitere Informationen und den Vordruck „Beihilfevollmacht“ gibt es im Internet auf der Seite des Landesverwaltungsamtes Berlin unter dem Stichwort Beihilfe.

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb – beamtenbund und tarifunion – berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96a, 10559 Berlin. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **E-Mail:** post@dbb-berlin.de. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.726191740. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Bankverbindung:** Sparkasse Köln/Bonn, BIC: COLSDE33, IBAN: DE23 3705 0198 0021 0069 03, Commerzbank Berlin, BIC: COBADEFFXXX, IBAN: DE10 1204 0000 0073 3998 00. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@dbbverlag.de.

Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigen-**

disposition: Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Anzeigentarif** Nr. 11, gültig ab 1. 10. 2013. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern. Layout: FDS, Geldern.

Fotos: dbb berlin.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Informationen über den öffentlichen Dienst

Info-Broschüre „Zahlen Daten Fakten 2014“ erschienen



Wer sich objektiv mit dem öffentlichen Dienst in Deutschland beschäftigen will, braucht eine belastbare Datengrundlage. Die Informationsbroschüre „Zahlen Daten Fakten 2014“ erlaubt eine vorurteilsfreie Orientierung über die wichtigsten Eckdaten des öffentlichen Dienstes. Aufbauend auf den jeweils neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter, auf Informationen der Bundesministerien und auf eigenen Berechnungen liefert „Zahlen Daten Fakten 2014“ fundiertes Basiswissen und eignet sich als schnelles Nachschlagewerk, das bewusst auf eine Kommentierung verzichtet.

Die Entwicklung der Altersstruktur der Beschäftigten im öffentlichen Dienst bestätigt aktuelle demografische Studien und gibt Anlass zur Sorge: Die Gewinnung qualifizierten Nachwuchses für den öffentlichen Dienst wird eine der dringlichsten Aufgaben für die kommenden Jahre sein. Entsprechend wurde „Zahlen Daten Fakten 2014“ um neues Material zu Demografie und Ausbildung ergänzt und bietet dar-

über hinaus in bewährter Weise einen Überblick über Personal und Einkommen, über beamtenrechtliche Regelungen und aktuelle Entwicklungen im Tarifbereich.

„Zahlen Daten Fakten 2014“ soll den vertiefenden Blick in Fachbücher nicht ersetzen, die zu allen Themen des Tarif- und Beamtenrechts des Bundes und der Länder über den dbb verlag ständig aktualisiert erhältlich sind. Für die schnelle Orientierung über die wesentlichen Eckdaten des öffentlichen Dienstes in Deutschland aber ist „Zahlen Daten Fakten 2014“ ein unentbehrliches Nachschlagewerk für alle, die eine verlässliche Datenbasis suchen.

Wir hoffen, „Zahlen Daten Fakten 2014“ beantwortet möglichst viele Ihrer Fragen. Sie können „Zahlen Daten Fakten 2014“ unter nachstehender Homepage herunterladen: http://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/2014/zdf_2014.pdf

Letzte Meldung: Rundschreiben teilweise falsch ausgelegt

Es bleibt bei 30 Tagen Erholungsurlaub!

Offensichtlich haben verschiedene Dienststellen das Rundschreiben SenInnSport I Nr. 21/2013, welches die Übergangsregelung der einheitlich auf 30 Tage festgelegten Urlaubsansprüche beinhaltet, nicht korrekt ausgelegt. Einzelne Dienststellen haben, da die Änderung der Erholungsurlaubsverordnung immer noch nicht in Kraft gesetzt wurde, den Erholungsurlaub nach der derzeit gültigen Erholungsurlaubsverordnung mit den nach Lebensalter gestaffelten Urlaubsansprüchen für ihre Beamtinnen und Beamten festgesetzt.

Diese Verfahrensweise ist nicht korrekt.

Im monatlichen Info-Gespräch mit dem Hauptpersonalrat teilte Bürgermeister und Innensenator Frank Henkel sowie der Abteilungsleiter I der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Kurt Kliem, verbindlich mit, dass die einheitliche Urlaubsregelung von 30 Tagen pro Urlaubsjahr auch für das Jahr 2014 anzuwenden sei. Ein entsprechendes klarstellendes Rundschreiben der Innenverwaltung soll kurzfristig veröffentlicht werden.